

**17. September 1970: Gespräch des sowjetischen Botschafters in der BRD S. K. Carapkin mit dem stellv. Bundesvorsitzenden der CDU, Ministerpräsidenten von Rheinland-Pfalz, H. Kohl\***

Geheim Ex. Nr. 2

Wie zuvor vereinbart traf ich mich mit Kohl in Mainz – der Hauptstadt von Rheinland-Pfalz – am Sitz der hiesigen Landesregierung.

Am Anfang des Gesprächs betonte Kohl, er sei froh, mich als Botschafter der Sowjetunion in der BRD begrüßen zu dürfen. Er habe die Initiative für die Organisation dieses Treffens ergriffen, weil er der Entwicklung persönlicher Kontakte mit sowjetischen Vertretern große Bedeutung beimesse und einen offenen gegenseitigen Meinungs austausch in allen interessierten Fragen für wichtig und nützlich halte. Beiläufig, halb scherzhaft, bemerkte Kohl, dass ihm dieses Treffen auch deshalb wichtig erscheine, um der sowjetischen Seite zu zeigen, dass es in der Bundesrepublik neben der SPD und FDP auch noch andere politische Parteien gebe. Kohl merkte an, dass er es als großes Versäumnis seitens CDU-Führung der letzten Jahren betrachtete, dass sie der Aufrechterhaltung von beständigen und engen persönlichen Verbindungen zur sowjetischen Seite keinerlei Aufmerksamkeit geschenkt habe und eher darauf aus war, die Gesellschaft der sowjetischen politischen Funktionäre zu meiden. [„]Ich persönlich finde, es war ein Fehler[“], sagte Kohl, [„]dass in den letzten 10 Jahren kein einziger namhafter politischer Funktionär der CDU die Sowjetunion zum Zweck eines offenen Meinungs austausch zu Fragen, die für beide Seiten von Interesse sind, besucht hat.[“] In diesem Fall hätte es auf beiden Seiten weniger Missverständnisse gegeben, zu denen es aufgrund mangelnden Wissens und Information über die Politik des jeweils anderen gekommen sei. Das Verständnis füreinander wäre größer gewesen.

Ich sagte zu Kohl, dass wir natürlich bestrebt seien, gute Verbindungen mit den regierenden Parteien aufrecht zu erhalten, aber auch die Kontakte mit den führenden Vertretern der CDU-Opposition nicht meiden würden. Ich merkte an, dass es für mich als Botschafter der UdSSR in der BRD wichtig sei, in Bezug auf den am 12. August 1970 zwischen der BRD und der UdSSR unterzeichneten Vertrag nicht nur den Standpunkt der Regierung zu kennen, sondern auch jenen der Opposition, weshalb ich sehr gerne mit ihm, Kohl, als dem stellvertretenden Vorsitzenden der Oppositionspartei, Meinungen darüber austauschen würde. Dabei gab ich eine kritische Bewertung der Position der CDU/CSU in Bezug auf den sowjetisch-westdeutschen Vertrag ab. Ich merkte an, dass die CDU/CSU sich bereits gegen den Vertrag ausgesprochen hätte, als darüber noch verhandelt wurde, und dass sie nun leider darauf abziele, ein Inkrafttreten des Vertrags zu erschweren oder gar seine Ratifizierung zu verhindern. Ich betonte, dass der sowjetisch-westdeutsche Vertrag nicht als irgendeine Art Geschenk an uns betrachtet werden dürfe. Dieser Vertrag stelle einen Kompromiss dar, in dem weitestmöglich die Interessen beider Seiten Berücksichtigung fänden. Ich äußerte die Hoffnung, dass sich in der CDU Kräfte fänden, die aus einer konstruktiven Position heraus den Vertrag bewerten.

Kohl sagte, er gehöre zu jenen Funktionären der CDU, die sich von Anfang an dagegen ausgesprochen hätten, bereits jetzt eine endgültige Position der CDU/CSU zum Vertrag zwischen der BRD und der Sowjetunion zu fixieren, unabhängig davon, ob diese endgültige Posi-

---

\* RGANI, F. 5, op. 62, d. 576, S. 133–138. – Die Botschaft der UdSSR in der BRD, 5. Oktober 1970, Nr. 221. Aus dem Diensttagebuch von S. K. Carapkin. Eingangsstempel: „ZK der KPdSU, 32930, 8. Oktober 1970, obliegt der Rückgabe an die Allgemeine Abteilung des ZK der KPdSU.“ Hs.: „[2]5-s/7. [Ins] Archiv, [Unterschrift unleserlich]. Information auf der Rückseite.“ – Gesprächsdauer: 3 Stunden. Gesprächsteilnehmer: „Von westdeutscher Seite: Staatssekretär und Kanzleileiter des Ministerpräsidenten von Rheinland-Pfalz, Hilf, der offizielle Vertreter der Landesregierung, der Berater Schreiner, und Vertreter des Protokolls; von Seiten der Botschaft der UdSSR in der BRD: Botschaftsrat G. I. Vladimirov, der erste Sekretär G. I. Elizar’ev, der zweite Sekretär V. V. Tjutjunov.“ Verteiler: „5 Ex.: 1 – Gen. A. A. Gromyko, 2 – Internationale Abteilung des ZK der KPdSU, 3 – 3. E[uropäische] A[bteilung] beim MfAA der UdSSR, 4 – A[bteilung] für O[rganisation] von P[rotokollveranstaltungen] beim MfAA der UdSSR, 5 – zum Akt. 22. September 1970, mp. Nr. 441.“

tion nun positiv oder negativ sei. Er merkte an, dass sich diese Linie innerhalb der Partei nunmehr im Allgemeinen gefestigt habe. [„]Für mich persönlich[“], meinte Kohl, [„]werden für die Formulierung einer endgültigen Position der CDU/CSU zur Ratifizierung des Vertrags die Resultate der Vier-Mächte-Verhandlungen zu Westberlin von entscheidender Bedeutung sein, aber auch die Frage, ob der Opposition die Möglichkeit eingeräumt wird, sich mit allen Protokollen der Moskauer Verhandlungen vertraut zu machen.[“]

Kohl betonte, dass bei der Bewertung der Einstellung der CDU/CSU gegenüber dem sowjetisch-westdeutschen Vertrag zwischen der faktischen Position der CDU/CSU und jener taktischen Linie, die sie als Oppositionspartei im Kampf gegen die Regierung einzuschlagen habe, unterschieden werden müsse. [„]Unser Ziel[“], sagte Kohl, [„]besteht darin, die derzeitige Regierung so rasch wie möglich zu stürzen, um die CDU wieder an die Macht zu bringen, und aus dieser Position gehen wir an jeden praktischen Schritt der Regierungsparteien heran. All das[“], bemerkte Kohl, [„]bedeutet jedoch nicht, dass wir eine Einigung mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern nicht zulassen wollen, auch wenn wir meinen, dass eine solche Einigung nicht zu Lasten dessen geschehen sollte, was in den letzten 20 Jahren erreicht wurde, insbesondere zu Lasten der bereits erreichten Regelung der Beziehungen mit den westlichen Verbündeten, v. a. mit Frankreich.[“]

Was auch immer von Seiten der CDU/CSU in Bezug auf den Vertrag gesagt werde, meinte Kohl, würden er und viele andere führende CDU-Funktionäre, wenn auch natürlich nicht alle, davon ausgehen, dass das sowjetisch-westdeutsche Vertrag bereits jetzt, also noch vor seiner Ratifizierung, eine Tatsache sei, der man nicht mehr ausweichen könne, ebenso wie auch der Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen, der auch noch nicht ratifiziert wurde, ein Faktum sei. Selbstverständlich, betonte mein Gesprächspartner, bleibe der Vertrag zwischen der BRD und der Sowjetunion eine Tatsache auch für den Fall, dass die CDU/CSU wieder an die Macht käme. [„]Wir meinen[“], sagte Kohl, [„]dass die beste und einzig passende Regierung für die BRD eine nicht-sozialistische Regierung der CDU ist. Ich bin davon überzeugt[“], fuhr mein Gesprächspartner fort, [„]dass es auch in Moskau Anhänger einer solchen westdeutschen Regierung geben kann, denn nur unter einer bürgerlichen Regierung kann die Stabilität in der Außen- und Innenpolitik der BRD gewährleistet werden und schlussendlich auch eine langfristige und beständige Regulierung der sowjetisch-westdeutschen Beziehungen.

Ich möchte Ihnen versichern[“], so Kohl weiter, [„]dass Sie in den nächsten Wochen Zeuge werden können, dass die Position der CDU/CSU in Bezug auf den Vertrag in immer größerem Ausmaß nicht mehr von emotionalen Stimmungen ihrer einzelnen Funktionäre bestimmt wird, sondern von nüchternen politischen Überlegungen.[“]

In diesem Zusammenhang betonte Kohl, dass die CDU/CSU in der Frage der Normalisierung der Beziehungen zwischen der BRD und der Sowjetunion keine Sonderpositionen einnehme, dass sie ebenso an einer Verbesserung der Beziehungen zwischen unseren Ländern interessiert sei. Eine andere Sache wäre es, sagte er, dass die Opposition nicht immer mit den Methoden einverstanden sei, welche die Regierung für die Lösung dieser Aufgabe anwende. [„]Ich persönlich[“], merkte Kohl an, [„]war beispielsweise der Meinung, dass dem Vertragsabschluss zwischen der BRD und der Sowjetunion eine intensive Entwicklung unserer wirtschaftlichen Beziehungen nach dem bekannten Prinzip „die Kaufleute ebnen den Politikern den Weg“ hätte vorhergehen müssen. Viele meiner Parteifreunde[“], fügte Kohl hinzu, [„]waren der Meinung, die Zeit sei einfach noch nicht reif für die Unterzeichnung eines sowjetisch-westdeutschen Vertrages.[“]

In Zusammenhang mit diesen Bemerkungen meines Gesprächspartners sagte ich, dass wir auf der derzeitigen Etappe die Politik der einen oder anderen Partei in der BRD natürlich in erster Linie aus dem Blickwinkel ihrer Herangehensweise an den sowjetisch-westdeutschen Vertrag betrachten, der ja eine feste Grundlage für die Normalisierung und die Entwicklung der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der BRD schaffen solle. Wenn die CDU, wie

Kohl und einige andere Funktionäre dieser Partei erklärten, tatsächlich eine Verbesserung der sowjetisch-westdeutschen Beziehungen anstrebten, dann müsste sie dies v. a. in ihrer Einstellung zum Vertrag demonstrieren. Die Opposition sollte ihre Herangehensweise an den Vertrag ändern, sie konstruktiv und positiv werden lassen, und nicht derart negativ wie das jetzt der Fall sei. Im Zusammenhang mit Kohls Äußerungen über eine „sozialistische“ und „nicht-sozialistische“ Regierung erwiderte ich, dass es in der BRD keine sozialistische Regierung gebe, es gebe also in dieser Hinsicht keinen Grund zur Sorge.

Kohl, der das Westberlin-Problem gesondert ansprach, merkte an, dass nicht die CDU/CSU, sondern die Regierung der BRD in ihrem bekannten Beschluss vom 6. Juni d. J. ein Junktim zwischen der Vertragsratifizierung und der Regelung der Westberlin-Frage hergestellt habe und auch heute noch an dieser Position festhalte. [„]Ich selbst[“], merkte Kohl an, [„]war bei der gemeinsamen Sitzung der Auswärtigen Ausschüsse des Bundestages und des Bundesrates am 15./16. August anwesend, bei der Kanzler Brandt bei seiner Interpretation des sowjetisch-westdeutschen Vertrages – auf eigene Initiative und ganz ohne eine diesbezügliche Herausforderung und Drängen von Seiten der Opposition – diese Abhängigkeit betonte und erklärte, dass die Bundesregierung den Vertrag dem Bundestag nicht vor Anfang 1971 zur Ratifizierung vorlegen wolle, da man erst zu diesem Zeitpunkt auf eine zufriedenstellende Lösung der Berlin-Frage hoffen könne.[“] Kohl wich einer Äußerung seiner Beurteilung der von der CDU/CSU eingenommenen Position in der Westberlin-Frage aus.

Meinerseits legte ich Kohl unsere prinzipielle Position in dieser Frage dar.

In Beantwortung meiner Frage, wie er die Lage in der CDU/CSU einschätze, sagte Kohl offen, er halte die Situation, in welche die Partei geraten sei, für schwierig. [„]Für jede Partei[“], merkte er an, [„]ist schon der Übergang in die Opposition an sich ein schmerzhafter Prozess, bei uns aber ist er noch mit einer natürlich gewachsenen Notwendigkeit für einen „Generationenwechsel“ in der CDU-Führung zusammengefallen, und außerdem müssen wir ein politisches Konzept für die 70er Jahre ausarbeiten.[“] Kohl äußerte seine Zuversicht darüber, dass das von einer Parteikommission unter seiner Leitung erarbeitete CDU-Programm die Unterstützung einer überwältigenden Mehrheit in der Partei erhalten werde und in seinen Grundzügen (mit unbedeutenden Modifikationen) auf dem außerordentlichen Parteitag der CDU im Januar 1971 beschlossen werde.

Bezugnehmend auf personelle Fragen in der derzeitigen Entwicklung der CDU, merkte Kohl an, dass in der Partei, wie auch in der gesamten westdeutschen Gesellschaft, derzeit ein Kampf zwischen drei Generationen stattfindet: einer älteren, einer mittleren und einer ganz jungen; wobei die CDU-Führung zum jetzigen Zeitpunkt noch aus Vertretern der älteren Generation bestehe. Diese Generation habe im besten Alter den Nationalsozialismus, zwei Kriege und zwei Inflationen erlebt. Die Handlungen der Vertreter dieser Generation, so sehr sie auch auf die Zukunft abzielten, hätten ihre Wurzeln dennoch in einer sehr schwierigen und widersprüchlichen Vergangenheit, aus der sie sich schwer lösen könne.

Auf die ältere Generation werde jedoch starker Druck von Seiten der Jugend ausgeübt, welche bereits vollkommen anders als die Vertreter der älteren Generation denke, und überhaupt keine Verbindung mehr zur Vergangenheit habe. Die grundlegende, die wichtigste Besonderheit der jüngeren Generation bestehe darin, dass sie absolut keinen Nationalismus und Chauvinismus kenne, ihre Denkweise breiter und freier sei und sie danach strebe, die engen nationalen Schranken in Politik und Ideologie zu überwinden. Wenn es gelänge, diese Generation auf den richtigen Weg zu bringen, dann sei die Zukunft Deutschlands gesichert, sagte Kohl.

Sich selbst zählt Kohl zu den Vertretern der mittleren Generation der politischen Funktionäre, zu den Pragmatikern und Technokraten. [„]Bei uns, den Vertretern dieser mittleren Generation, gibt es keine Bindung an das Alte, ideologische Momente spielen jedoch keine so große Rolle wie bei der Jugend. Wir gehen wie Geschäftsleute an die Dinge heran, halten uns

dabei an rein praktische Überlegungen, und zwar: ist die eine oder die andere Sache durchführbar oder eben nicht.[“]

Kohl merkte an, dass die Wahl einer neuen CDU-Führung 1971 nicht auf einem ordentlichen, sondern auf einem außerordentlichen Parteitag stattfinden werde. Dieser Parteitag werde, sagte er, nicht wie derzeit geplant im Oktober des nächsten Jahres stattfinden, sondern früher, irgendwann in der Zeit zwischen Juni und Oktober. Dabei spielte Kohl überaus durchsichtig darauf an, dass er in Anbetracht der aktuellen internen Lage der CDU keine schlechten Chancen habe, den „höchsten Posten der Partei“ einzunehmen. Kohl betonte, dass ihn in Bonn „nur ein Posten interessiert“ und gab zu verstehen, dass die Frage über seine Beförderung, wie wohl allen klar sein müsse, im Grunde bereits entschieden sei. In diesem Zusammenhang merkte er an, ein sicherer Sieg seiner Partei bei den Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz am 21. März 1971, worüber er, Kohl, keinerlei Zweifel habe, müsse „endgültige Klarheit in dieser Frage schaffen“. Bezeichnenderweise erwähnte Kohl mit einiger Ironie die Ernennung Stoltenbergs zum Spitzenkandidaten für die kommenden Wahlen in Schleswig-Holstein (im Jahr 1971) und gab damit zu verstehen, dass Stoltenberg im Kampf um die Parteispitze etwas ins Abseits geraten sei.

Bezugnehmend auf seine mögliche Beförderung zum CDU-Vorsitzenden äußerte Kohl relativ direkt den Wunsch, im Frühling 1971 die Sowjetunion zu besuchen. Er merkte an, wenn er nach dem 21. März 1971, also nach den Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz, eine Einladung zu einem Besuch der UdSSR bekäme, dann würde er eine solche Einladung mit Vergnügen und auf jeden Fall annehmen. [„]Ich würde gerne mit den politischen Funktionären der Sowjetunion sprechen und mir außerdem einen eigentümlichen Kindheitstraum erfüllen, nämlich Sibirien zu sehen[“], sagte Kohl.

Botschafter der UdSSR in der BRD

S. Carapkin<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> Hs. unterzeichnet.